

## PERSONEN

### *Söder ist als Kanzlerkandidat favorisiert*

po – Nicht nur in der deutschen Bevölkerung, sondern auch bei Wirtschaftsjournalisten traut man dem bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder (CSU) am ehesten die Kanzlerkandidatur und damit die Nachfolge von Angela Merkel (CDU) an der Regierungsspitze zu. Immerhin 24% der von dem Wirtschaftsforschungsinstitut Dr. Doebelin zwischen Ende Juni und Anfang Juli online befragten 165 Wirtschaftsjournalisten wünschen sich Söder als nächsten Bundeskanzler. Wie gespalten die Meinungen für die Merkel-Nachfolge sind, zeigt aber das Ergebnis, dass der frühere Unionsfraktionsvorsitzende Friedrich Merz, obwohl er sich ohne Amt aktuell in der Coronakrise nicht als Macher beweisen kann, Söder mit 21% dicht auf den Fersen ist.

Den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Armin Laschet (CDU), der im Tandem mit Gesundheitsminister Jens Spahn für den CDU-Parteivorsitz antritt, können sich nur 7% der Wirtschaftsjournalisten als künftigen Regierungschef vorstellen. Auch Finanzminister Olaf Scholz (SPD) kommt nur auf 7% Zustimmung. Erstaunlich viele Meinungsmacher trauen dem Grünen-

Co-Vorsitzenden Robert Habeck die Kanzlerschaft zu. Er kommt auf immerhin 17% Zustimmung. Allerdings können sich 16% der Befragten für keinen der Genannten erwärmen, 8% machten gar keine Angabe.

In Krisenzeiten können die in der politischen Verantwortung Stehenden zeigen, ob sie einen guten Job machen. Gleichwohl überrascht die auch bei Wirtschaftsjournalisten mit 64% extrem hohe Zustimmung zum aktuellen Kurs der Bundesregierung, der man „konstruktive und qualifizierte Lösungsbeiträge zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland“ attestiert. Im Dezember 2019 hatte diese Zustimmung gerade einmal bei 42% gelegen.

Wie auch die jüngsten TV-Umfragen schon zeigten, kann die Bundestagsfraktion der CDU/CSU den größten Nutzen aus der guten Benennung der Regierungsarbeit ziehen. Ihr Beitrag wird von 47 (Dezember 2019: 43)% der Wirtschaftsjournalisten positiv bewertet, während der Koalitionspartner SPD auf lediglich 18 (25)% absackte. Die FDP verliert in der Doebelin-Umfrage ebenfalls deutlich an Wirtschaftskompetenz. Nur noch 25 (33)% der Befragten

sind von den Lösungsvorschlägen der Liberalen in einem ihrer Schwerpunktthemen beeindruckt. Auch in diesem Punkt überrascht das gute Abschneiden der Grünen, deren Wirtschaftskompetenz zu unverändert 28% Zustimmung führt.

In den zurückliegenden Monaten hat der politische Einfluss der großen Wirtschaftsverbände offenbar abgenommen. Zwar gilt der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) nach wie vor als der wichtigste Verband, aber nur noch 41 (46)% der Wirtschaftsjournalisten billigen dem BDI zu, konstruktive und qualifizierte Lösungsbeiträge geliefert zu haben. Beim Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) sowie dem Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) wird noch immer mehr Wirtschaftskompetenz gesehen als bei den Gewerkschaften. Der DIHK kommt auf 31 (34)% Zustimmung, der ZDH auf 25 (27)%, während die größte Einzelgewerkschaft IG Metall nur 24 (28)% der Befragten mit konstruktiven Lösungen auffällt.

(Börsen-Zeitung, 11.7.2020)